

Online-Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen: Wo stehen die Hochschulen?

8

Das 2017 erlassene Gesetz zur Verbesserung des Online-Zugangs zu Verwaltungsdienstleistungen (OZG Onlinezugangsgesetz) soll die öffentliche Verwaltung schneller, effizienter, benutzerfreundlicher und vor allem durchgängig digital zugänglich für die Bürger:innen machen. Die gesetzlichen Regelungen sollen bis Januar 2023 umgesetzt werden. Eine Studie über die Anforderungen und den Stand der Umsetzung an den Hochschulen und im Hochschulbereich zeigt, was bereits gut funktioniert und was noch getan werden muss, um die Ziele des Gesetzes zu erreichen.

Die Regelungen des OZG sollen den Weg zur Umsetzung der EU-Verordnung „Single Digital Gateway“ ebnen, die 2018 vom Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat erlassen wurde und die die digitale Verfügbarkeit bestimmter öffentlicher Dienstleistungen in der EU zum Januar 2024 festlegt. Ebenso legt die EU den Standard zur Messung der digitalen Verfügbarkeit von öffentlichen Diensten fest. Insbesondere der Hochschulsektor bietet hinsichtlich eines verbesserten Online-Zugangs zu Verwaltungsdienstleistungen erhebliches Potenzial, da viele Prozesse für Studierende wie Bewerbung, Zulassung, Einschreibung und Verwaltung von Studien- und Prüfungsprozessen bereits digital verfügbar sind.

Die Studie „Herausforderungen bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Kontext der Digitalen Hochschulbildung“, die HIS-HE gemeinsam mit Kienbaum Consultants International durchgeführt hat, gelangt zu dem Ergebnis, dass digitale Verwaltungsdienste für Studierende an Hochschulen weit fortgeschritten sind, aber noch nicht durchgängig den rechtlichen und technischen Voraussetzungen für papierlose Arbeitsabläufe genügen. Summa summarum ergibt sich eine optimistische Analyse: Die Autor:innen stellen fest, dass die Voraussetzungen gut sind, um auf Basis des Vorhandenen schnell Lösungen zu entwickeln und das OZG an den Hochschulen bald flächendeckend umzusetzen. Die Studie gibt konkrete Handlungsempfehlungen für die Entscheidungsträger:innen auf Bundes- und Landesebene, für die Hochschulen sowie für die IT-Dienstleister.

Einleitung

Die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erstellte Studie sollte die Herausforderungen für die Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsdienstleistungen (OZG) im konkreten Anwendungsbereich „Lebenslage Studium“ analysieren. Zudem sollte sie die technischen Voraussetzungen für

die Interoperabilität zwischen Hochschulen und den Webportalen im Portalverbund untersuchen. Die Ziele der Studie waren im Einzelnen,

- die Herausforderungen und Erfolgsbedingungen zu analysieren, die mit der Umsetzung des OZG einhergehen,
- strategische Ansätze im Umgang mit diesen Herausforderungen zu identifizieren,
- inhaltliche und funktionale Anforderungen an IT-Infrastrukturen zu erheben (einschließlich IT-Portalen im Hochschulkontext, Campus-Management-Systemen),
- bestehende IT-Infrastrukturen hinsichtlich ihrer Interoperabilität zwischen Hochschulen und den Verwaltungsportalen des Bundes und der Länder zu untersuchen
- sowie exemplarische Anwendungsszenarien und strategische Ansätze zum E-Government von Hochschulen zu beschreiben.

Stand der OZG-Umsetzung

Die Hochschulen bieten eine recht gute Basis für die OZG-Umsetzung, da die meisten administrativen Dienstleistungen für Studierende bereits digital angeboten werden. Eine solide und zeitnahe OZG-Umsetzung kann auf diesen bereits digitalisierten Services aufbauen. Die Studie zeigt aber auch, dass diese digitalen Services noch nicht die vom OZG geforderten rechtlichen und technischen Anforderungen erfüllen. Vor allem die interoperable Verknüpfung der Dienstleistungsebene an den Hochschulen mit einem landesweiten Portalnetz samt einem einheitlichen Benutzerkonto ist bislang nicht OZG-konform umgesetzt. Im Bereich der rechtsgültigen und belastbaren Signaturen und Authentifizierungs- bzw. Echtheitsprüfungen sowie einigen Aspekten der verbesserten Usability werden die technisch bereits bestehenden Möglichkeiten derzeit noch nicht voll ausgeschöpft.

Darüber hinaus differieren die E-Government-Gesetze der Bundesländer, die auch die Voraussetzungen für die Umsetzung des OZG bereitstellen und diese ausgestalten sollen,

deutlich. Bei der Umsetzung des OZG sehen sich die Hochschulen mit einer Vielzahl von Rechtsansprüchen, z. B. durch Verwaltungsverfahrensgesetze, konfrontiert, denen nicht immer ohne Weiteres Rechnung zu tragen ist. Eine rechtliche Analyse, die im Rahmen der Studie durchgeführt wurde, belegt die ausgeprägte Abhängigkeit der Hochschulen von den Regelungen und Aktivitäten der Bundesländer bei der Umsetzung des OZG.

Fallstudien

Um ein tieferes Verständnis der Verfahren, eingesetzten Lösungen und Erfolgsfaktoren einer guten Praxis zu erhalten, wurden sowohl nationale als auch internationale Fallstudien betrachtet, die als „Leuchttürme“ und Vorzeigeprojekte für die weitere Umsetzung des OZG dienen können. Einige Hochschulen in Deutschland haben z. B. bereits ein komplett papierloses Bewerbungs- und Einschreibeverfahren umgesetzt. Auch existieren technische Modelle für die digitale Verwendung von Schulzeugnisregistern, z. B. auf Blockchain-Basis für die Authentifizierungsprüfung bei der Einschreibung zum Studium. In skandinavischen Ländern haben sich bereits internationale technische Austauschformate für Studienleistungen und Credits etabliert, die auch von deutschen Hochschulen genutzt werden könnten.

Empfehlungen

Die Studie gibt Empfehlungen auf Bundes-, Landes-, Hochschul- und hochschulübergreifender Ebene. Insbesondere zu Beginn der Studie im Herbst 2019 war die Unkenntnis über das OZG in den Hochschulen noch weit verbreitet. Dies hat sich inzwischen deutlich gewandelt, doch sollte die Vernetzung der Akteure auf Bundes-, Landes- und Hochschulebene sowie im Hinblick auf weitere OZG-Bereiche wie Schulen und Behörden weiter gestärkt werden. Diese Herausforderungen, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung von sicheren digitalen Austauschformaten (auch international) und vernetzten Portallösungen für den Online-Zugriff, sollten gemeinsam angegangen werden.

Kostenloser Download

Herausforderungen bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Kontext der Digitalen Hochschulbildung: hochschulforumdigitalisierung.de/sites/default/files/dateien/HFD_AP_55_Onlinezugangsgesetz_Hochschulen.pdf

Zur Person

Dr. Harald Gilch und **Dr. Klaus Wannemacher** sind wissenschaftliche Mitarbeiter im Geschäftsbereich Hochschulmanagement.

Dr. Friedrich Stratmann war bis August 2017 Geschäftsführender Vorstand des HIS-Instituts für Hochschulentwicklung e. V.

Marina Lessig ist Beraterin für den öffentlichen Sektor bei Kienbaum Consultants International und **René Ruschmeier** ist Leiter des Bereichs Öffentliche Verwaltung und Gesundheitswesen bei Kienbaum Consultants International (v. l. n. r.).

E-Mail

gilch@his-he.de

wannemacher@his-he.de

stratmann-hannover@t-online.de

marina.lessig@kienbaum.de

rene.ruschmeier@kienbaum.de

